

Der Stadtkanton Basel hat seit dem 1. Januar ein Präsidentsdepartement. Diesem wurden dabei wichtige Bereiche wie Kultur und Museen, Stadtentwicklung und Außenbeziehungen, Staatskanzlei und

Statistisches Amt sowie Gleichstellung und Integration zugeordnet. Der Chef des neu gegründeten Universalministeriums ist jetzt Regierungspräsident Guy Morin.

Basel möchte das Lobbying gegenüber seinen Nachbarn verbessern.
FOTO: MEYER



Günstige Prognosen

BZ-INTERVIEW mit Regierungspräsident Guy Morin, der jetzt Chef des neuen Basler Universalministeriums ist / Von Andrea Drescher

Formell ist Guy Morin noch vom Parlament gewählter Regierungspräsident nach altem Muster, aber er ist auch für vier Jahre Chef des neuen Basler Universalministeriums gewählt. Der Wechsel vollzieht sich am 1. Februar. Weil jedoch die Reform der Basler Verwaltung aus haushaltstechnischen Gründen am 1. Januar in Kraft gesetzt haben, besteht das Präsidentsdepartement bereits und Morin ist jetzt schon der Vorsteher.

BZ: Sie waren bereits als Justizdirektor zuständig für die Außenbeziehungen. Was ändert sich daran im neuen Amt?

Morin: Die Absicht der Verfassung ist, dass der Kanton mit dem für vier Jahre gewählten Regierungspräsidenten – oder einer -präsidentin – ein Gesicht bekommt, eine Identifikationsfigur, die Kontinuität gewährleistet und Ansprechperson ist – für alle Partner. Seien das zivile, seien das wirtschaftliche, seien das Gemeinwesen in der Schweiz, Agglomerationsgemeinden, Kantone, der Bund oder die Nachbarn im Ausland. Für Basel soll diese Funktion das Lobbying gegenüber dem Bund, den Nachbarkantonen und auch

Baden-Württemberg verbessern. Aus übergeordneter Perspektive soll sie die Region als Einheit stärken, indem die Beziehungen konstanter werden.

BZ: Was dürfen Sie selbst entscheiden?

Morin: Ich bleibe – so funktioniert unsere Demokratie – ein primus inter pares. Ich bin meinen Regierungskolleginnen und -kollegen gleichgestellt, wir entscheiden als Kollegialbehörde. Ich denke aber schon, dass mir eine Spezialaufgabe zugekommen ist, weil ich jetzt für diese Aufgaben mehr Freiraum habe. Natürlich leite ich immer noch ein eigenes Departement, aber die Inhalte des Präsidentsdepartements sind eng mit den Repräsentations- und Kommunikationsaufgaben verknüpft.

BZ: Wofür werden Sie sich einsetzen?

Morin: Wir hatten schon zu Beginn der jetzt ablaufenden Legislaturperiode gesagt, dass wir uns als Zentrum einer trinationalen Region verstehen. Wir sind abhängig von unseren Nachbarn – wie unsere Nachbarn von uns. Darauf müssen wir unsere Planungen abstimmen.

„Wir sind abhängig von unseren Nachbarn.“

Guy Morin

BZ: Worauf basiert diese Abhängigkeit?

Morin: Es sind inzwischen 50 000 Grenzgänger, die täglich nach Basel kommen, größtenteils aus Deutschland, aber auch aus dem Elsass und der Nordwestschweiz. Unsere Wirtschaft und unsere öffentlichen Einrichtungen wären ohne sie nicht funktionsfähig. Andererseits schaffen unsere Leitbranchen wie Life Sciences, Logistik, Finanzen und Versicherungen auch Stellen im Umland – durch Produktionsanlagen außerhalb der Kantongrenzen und in Zulieferbetrieben. Damit generieren unsere Firmen einen Mehrwert für die gesamte Region.

BZ: Basel spielt als finanzstarke Metropole eine wichtige Rolle. Aber dominiert die Stadt nicht zu sehr?

Morin: Es gibt in allen Agglomerationen und Metropolregionen ein Abhängigkeitsverhältnis zwi-

schen Stadt und Land. Im Zentrum konzentrieren sich die Bildungs- und Kulturinstitutionen; im Umland werden Wohneinheiten und Freizeitangebote verteilt. Daraus ergeben sich Spannungsverhältnisse, weil das Umland die Zentrumsleistungen – Bildung, Kultur, Spitäler, öffentlicher Verkehr und Straßen – mit beansprucht. Ein finanzieller Ausgleich muss daher stattfinden.

BZ: *Basel kann aber nur Baseland zur Kasse bitten – oder auch das Ausland?*

Morin: Über die Fremdbesteuerung der ausländischen Arbeitnehmer, der Quellensteuer, beteiligen sich Deutschland und Frankreich an den Kosten. In Basel-Landschaft haben wir keine solchen Einnahmen. Deshalb müssen wir dort den Finanzausgleich staatsvertraglich regeln. Im Großen stimmen diese Finanzflüsse.

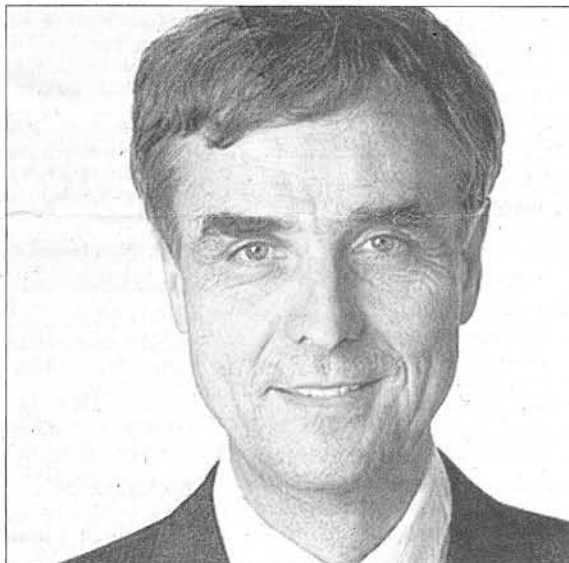
BZ: *Könnten diese durch die aktuelle Wirtschaftskrise ins Stocken geraten und so das Geld für grenzüberschreitende Projekte auch in Basel knapper werden?*

Morin: Wir gehen davon aus, dass unsere Wirtschaft mit Life Sciences und Pharma konjunkturresistenter ist als andere Zweige. Wir sind außerdem von der öffentlichen Seite her gut aufgestellt: Unsere Schulden sind größtenteils abgebaut, und wir haben daher Spielraum, auch antizyklische Investitionen leisten zu können. Nicht abzuschätzen ist, was die Konjunkturprogramme in Deutschland und Frankreich bei uns auslösen werden.

BZ: *Wäre das nicht der richtige Zeitpunkt, um bei den Nachbarn mal nachzufassen?*

Morin: Auch in unserem Parlament werden Konjunkturprogramme diskutiert, und wir haben vor, die Investitionsbudgets zu erhöhen. Es bestehen Hoffnungen, dass durch Konjunkturlösungen in Frankreich und Deutschland der Schienenanschluss für den Euro-Airport und eine Beteiligung Baden-Württembergs angeregt werden könnten. Meine größte Sorge ist, dass durch die Krise die wirtschaftlichen Unterschiede in der Region zunehmen werden. Wobei dies auch von den Rahmenbedingungen abhängt, die in Berlin, Paris und Bern festgelegt werden. Deshalb müssen wir uns absprechen.

BZ: *Zuletzt sind die Arbeitslosenzahlen hier wie dort gestiegen. Wie wirkt sich das auf die Stimmung der Schweizer aus, die demnächst über die Fortsetzung der Personenfreizügigkeit abstimmen werden?*



Regierungspräsident Guy Morin

FOTO: BZ

Morin: Die Prognosen sehen günstig aus. Die Zustimmungsrates gehen Richtung 60 Prozent. Natürlich machen die Gegner mit den Arbeitslosen Stimmung. Sie sagen aber nicht, dass die Schweiz ohne die Personenfreizügigkeit im internationalen Wettbewerb extreme Nachteile hätte.

BZ: *Was würde passieren?*

Morin: Für Basel wäre es eine Katastrophe! Die Unternehmen in der Nordwestschweiz exportieren größtenteils in die EU und innerhalb der EU nach Deutschland. Wenn wir keinen Zugang zu diesem Markt und seinen qualifizierten Arbeitskräften mehr hätten, müssten die Firmen Tätigkeiten in die EU verlagern. Was noch schlimmer ist: Wenn die Personenfreizügigkeit abgelehnt wird, fallen nach sechs Monaten alle „Bilateralen I“ weg, dazu gehören auch Zoll- und Verkehrsbestimmungen.

BZ: *Die müssten neu verhandelt werden?*

Morin: Wenn das überhaupt möglich ist. Die Firmen sagen klar, sie müssten, um den Zugang zum deutschen Wirtschaftsraum und der EU zu behalten, Arbeit und damit Arbeitsplätze verlagern – und sei es nur nach St. Louis oder Lörrach.

BZ: *Was sagen Sie den Menschen, damit Sie für die Freizügigkeit stimmen?*

Morin: Dass die Bilateralen Verträge zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen haben, dass die Arbeitslosigkeit abgenommen hat, dass die Löhne in allen Segmenten gestiegen sind, dass wir uns mit den bilateralen Verträgen rascher aus der Rezession bewegen als ohne. Und dass wir ganz sicher keine besseren Verträge mit der EU aushandeln können.

ZUR PERSON

GUY MORIN

Guy Morin ist für die Jahre 2009 bis 2013 erster gewählter Regierungspräsident von Basel und Vorsteher des Präsidialdepartements. Der 1956 geborene Politiker gehört der Grünen Partei an, ist verheiratet und hat zwei Kinder. Seinen beruflichen Werdegang begann Morin als Student der Medizin an der Universität Basel. Im Anschluss an sein Studium ließ er sich in verschiedenen Spitälern des Stadtkantons zum Allgemeinmediziner ausbilden. Von 1993 bis 2004 hatte der Arzt eine eigene Praxis im Stadtteil St. Johann, von 1996 an war er zeitgleich Präsident einer Hausärz-

tevereinigung. Seine politischen Aktivitäten begann Guy Morin als Sekretär der Schweizerischen Sektion der Ärzte für soziale Verantwortung (1985 bis 1990), seit 1998 engagiert er sich bei der Vereinigung Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz. Von 1988 bis 2001 war der Grüne Mitglied im Großen Rat, von 1997 bis 2001 Präsident der parlamentarischen Gesundheitskommission. 2004 wurde Guy Morin in den Regierungsrat gewählt, seither war er als Vorsteher des Justizministeriums tätig und zeitgleich Basels Außenminister. Als Regierungsmitglied war er zudem 2008 touristenmäßig Regierungspräsident. *ad*

BZ: Die Schweiz könnte sich keine Rosinen mehr rauspicken?

Morin: Je größer die EU wird, umso schwächer ist die Verhandlungsposition der Schweiz, weil es nicht mehr nur die freundlich gesinnten, direkten Nachbarn sind, mit denen man verhandeln muss.

INFOBOX

VERWALTUNGSREFORM

Mit ihrer neuen Verfassung, die 2006 in Kraft trat, haben die Basler eine

Regierungs- und Verwaltungsreform in Gang gesetzt. Seit 1. Januar hat daher die Verwaltung neue Strukturen. Durch die Verlagerung von Aufgaben in das neu geschaffene Präsidialdepartement des Regierungspräsidenten (siehe Interview) mussten auch die sechs Fachministerien umgemodelt werden. So wurden zum Beispiel unter dem Dach des Bau- und Verkehrsdepartements im neuen Amt für Mobilität der Straßen- und Schienenverkehr zusammengeführt. Im Erziehungsdepartement sind vom Justizministerium der Kinder- und Jugendschutz sowie die außerschu-

lische Förderung und Unterstützung von Kindern und Familien hinzugekommen. Ebenfalls vom Justizministerium übernommen wurden im kombinierten Justiz- und Sicherheitsdepartement die Rechts- und Aufsichtsaufgaben. Im Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt ist der Sozialbereich gestärkt worden. Neu wird von hier aus die Sozialhilfe betreut; von der Justiz ist die Vormundschaftsbehörde hierher gewechselt. Unverändert geblieben sind nur das Gesundheits- und das Finanzdepartement.

ad